

# Macrons Big Bang geht weiter: Bürgerlicher Überläufer zum Regierungschef ernannt

Emmanuel Macron versucht nach der SP auch die konservative Partei *Les Republicains* zu sprengen. Der von ihm zum Premierminister ernannte Edouard Philippe ist ebenfalls eine Art Grenzgänger zwischen der moderaten Linken und dem gemäßigten bürgerlichen Lager. Die beiden werden aber die von den Gewerkschaften bekämpfte Reform des Arbeitsrechts forsch durchziehen.

AUS PARIS  
**DANNY LEDER**

Alles passt zusammen. Noch knapp bevor Emmanuel Macron das Flugzeug nach Berlin zu seinem Besuch bei Angela Merkel am Montag bestieg, ließ Frankreichs neuer Staatschef den Namen des von ihm ernannten, neuen Premierministers bekanntgeben: Edouard Philippe, bisher Bürgermeister der Hafenstadt Le Havre und (ebenfalls bisher) Angehöriger der großen, bürgerlichen Oppositionspartei *Les Républicains* (LR).

Das ist ein dreifaches Signal:

- innenpolitisch, mit der Nominierung eines Überläufers aus dem bürgerlichen Lager, bedeutet Macron, im Vorlauf der französischen Parlamentswahlen (Juni), den Mitterechts-Wählern, dass ihre Anliegen bei ihm und seiner neuen Zentrums-Partei gut aufgehoben sind, und schwächt folglich die LR. Den Sozialisten hatte Macron bereits zuvor einen Gutteil ihres pragmatischen Flügels entrissen. Damit geht der von Macron verkündete *Big Bang* der französischen Politszene hurtig weiter.
- sozialpolitisch, steht ein bürgerlicher Premier zweifelsfrei für die von Macron beabsichtigte, sofortige Weiter-Liberalisierung des französischen Arbeitsrechts (die Macron noch als vormaliger SP-Wirtschaftsminister angestoßen hatte). Das selbe gilt für weitere Abgaben-Senkungen zugunsten der Unternehmer und eine verstärkte Fortführung des Sparkurses.
- Das sind genau jene Maßnahmen, die Merkel von Frankreich stets eingefordert hat.

Der 46 jährige Premier passt auch sonst bestens zu Macron, weil er ebenfalls mit einem Fuß im *System* steht, und mit dem anderen etwas abseits. Philippe ist zwar auch Absolvent von Kaderschmieden der französischen Eliten (Die Sonder-Hochschulen *Sciences Po* und ENA) und hat sich im Wirtschaftsmanagement bewiesen (Macron in der Bank, Philippe im Atomkonzern AREVA). Beide sind dann aber für Politkarrieren ausgeschert, die sie auf sehr eigenwillige Weise betrieben haben.

## Hobby-Boxender und Enkel eines Dockers

So engagierte sich Philippe, der Enkel eines Dockers von Le Havre, ursprünglich ebenfalls im pragmatischen Flügel der SP. Später landete er in der bürgerlichen Sammelpartei auch wiederum beim Zentrumsflügel derselben. Dabei trug er seine moderate Linie mit derartigem Engagement vor, dass er bei einem Parteikongress 2004 mit dem konservativen Hardliner und späteren Staatschef Nicolas Sarkozy fast in eine Schlägerei geraten wäre. Sarkozy, der

Kontrahenten mit Verbal-Drohungen reizte, entging damals einer peinlichen Lektion. Philippe war ó wie Macron ó in jüngeren Jahren Hobby-Boxer gewesen.

Der voraussichtlich forsche Reformkurs der beiden Ex-Boxer Macron und Philippe könnte allerdings auch in der EU einiges ins Rollen bringen. Macron hat den EU- und Berlin-Kritikern bisher sinngemäß entgegengehalten, Frankreich könne schwerlich von Merkel Zugeständnisse erwarten, solange es seine šHausaufgabenö, sprich die Sanierung des Staatshaushalts gemäß dem EU-Stabilitätspakt und Arbeitsmarkt-Reformen, nicht erfüllt hat (wohingegen die EU-Kritiker vor einem sinnlosen šzu Tode sparenö der französischen Wirtschaft durch die strikten Auflagen der EU warnen).

Parallel zu Frankreichs Anstrengungen erwartet Macron aber von deutscher Seite ein zumindest perspektivisches Einschwenken auf eine Erneuerung der Euro-Zone. Diese soll mit einem gemeinsamen Budget und Finanzminister ausgestattet werden. Eine derartige gemeinsame Struktur könnte einerseits die Budget-Disziplin (der vordringlichste Wunsch Deutschlands) aber auch einen verstärkten Finanzausgleich zwischen den Staaten und supranationale Investitionsprogramme (der Wunsch der wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsländer) bewerkstelligen.

Kurzfristiger gedacht sind zwei andere Anliegen von Macron: ein šEuropean Buy-Actö (nach US-Vorbild), der Betriebe, die mindestens zu 50 Prozent in der EU produzieren, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt. Und die sozialrechtliche Einschränkung der Dienstleistungs-Freizügigkeit im EU-Binnenmarkt.